

Pressemitteilung vom 20.05.2021

Rassistische Diskriminierung durch die BREBAU: Entschädigung statt Schwamm drüber
Buten und Binnen hat heute Recherchen und Dokumente veröffentlicht, die für die BREBAU belegen, was wohnungssuchende Geflüchtete, Schwarze Menschen und Personen of Colour aus eigener Erfahrung wissen: Rassistische Diskriminierung ist in Bremen allgegenwärtig und hat erhebliche lebenseinschränkende Auswirkungen auf die Betroffenen.

Die BREBAU hat heute angekündigt, die Vorgänge aufzuklären und für die Zukunft abzustellen. Dies lässt befürchten, dass nicht die Verantwortung des Unternehmens, sondern nur die einzelner Mitarbeitender betrachtet werden soll.

„Die veröffentlichten Dokumente zeigen jedoch, dass diese Diskriminierung kein Fehler, sondern gezielte, beabsichtigte Firmenpolitik war“, so Gundula Oerter vom Flüchtlingsrat Bremen.

Die BREBAU verliert bisher kein Wort über den in der Vergangenheit bereits entstandenen Schaden, und wie dieser behoben und/oder entschädigt werden kann.

„Es reicht aber nicht aus, Verbesserungen für die Zukunft zu versprechen – vielmehr ist der bereits durch die Diskriminierung entstandene Schaden nicht hinzunehmen“, so Oerter weiter. „Die Betroffenen haben massive Benachteiligung und Diskriminierung erfahren – sie müssen entschädigt werden.“

Denn: Aus dem Verbot dieser Form von Benachteiligung im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz folgt, dass die von der Diskriminierung betroffenen Wohnungssuchenden nun ein Angebot oder eine Entschädigung von der BREBAU erhalten müssen.

„Die Stadt Bremen muss als alleinige Besitzerin ihre Verantwortung für die strukturell verankerte Diskriminierung der BREBAU wahrnehmen und verhindern, dass nach dem Motto „Schwamm drüber“ eine solche rassistische Ausgrenzung von Geflüchteten, Schwarzen Menschen und Personen of Colour als versehentlicher Einzelfall verhandelt wird“, so Oerter.